

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Stefan Wenzel, Anja Piel, Julia Willie Hamburg und Eva Viehoff (GRÜNE)

Fragen zum Verbleib von Vermögen der Welfen- und der Hohenzollern-Familien

Anfrage der Abgeordneten Stefan Wenzel, Anja Piel, Julia Willie Hamburg und Eva Viehoff (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 27.01.2020

In einem Dokument, das am 11. Dezember 1945 von Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg (geb. 17. November 1887) auf Schloss Marienburg unterschrieben wurde, antwortet der Unterzeichner auf die Frage, ob „er oder ein unmittelbares Mitglied seiner Familie jemals Besitz erworben habe, welcher anderen Personen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen oder anderen Personen enteignet wurde im Verlauf der Besetzung fremder Länder oder zwecks Ansiedelung von Deutschen oder Volksdeutschen in von Deutschland besetzten Gebieten“ mit einem Wort: Ja.

Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg war das letzte regierende Mitglied der Welfen. Er war seit 1913 mit Viktoria Luise von Preußen, Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg und Tochter des letzten Hohenzollern-Regenten Wilhelm II., verheiratet.

In der Anlage zu dem o. g. Dokument erläutert Ernst August, er habe in den Jahren 1935, 1936 oder 1937 und später über die Reichs-Kreditanstalt in Berlin, die Oesterreichische Kontrollbank für Industrie und Handel, die Vermögensverkehrsstelle Wien, den Oberfinanzpräsidenten Wien, den Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums Marburg, den Veräußerungstreuhandler für die jüdischen Inhaber Julius Reichl & Ernst Bleyer, die „unmittelbar vor dem Abtransport standen“, u. a.

- ein Minderheitspaket der Feibisch AG, Berlin, und der Beckerwerke AG in Chemnitz,
- Anteile der Allgemeinen Baugesellschaft A. Porr, Wien (zunächst 12,5 %, später die Mehrheit der Anteile),
- Anteile des Bankhauses Aufhäuser, München,
- die Hinterschweiger Werke, Wels (später Flugzeug- und Metallbauwerke GmbH, Wels),
- die Firma Eduard Elbogen, Wien,
- die Österreichisch-Alpinen Talksteinwerke Adolf Brunner & Co,
- die St. Cathreiner Talkumwerke, Oberndorf a. d. L.,
- die Rabenwälder Talksteinwerke GmbH, Wien,
- die Steiermärkische Talkumgewerkschaft Kammern GmbH,
- die Firma Baryt Co., Reichl & Bleyer, Pernharz (Böhmen),
- die Mühldorfer Graphit AG,
- Graphit-Vorkommen in St. Lorenzen bei Rottenmann und
- Kaolin-Vorkommen in Buchberb bei Chilli, Steiermark

von ehemaligen Eigentümern jüdischen Glaubens erworben.

Sein Sohn Ernst August Prinz von Hannover (geb. 18. März 1914) hat am 19. Januar 1949, ebenfalls unterzeichnet auf Schloss Marienburg, eine gleichlautende Erklärung abgegeben.

Die SZ berichtete am 18.8.2014: „Der letzte Herzog von Braunschweig-Lüneburg kaufte von dem jüdischen Wiener Unternehmer Lothar Elbogen 1938 nach Haft und Folter durchs Regime ein

Kaliwerk für die Hälfte des Verkehrswertes; außerdem erwarb er ähnlich günstig das Bau-Unternehmen Porr AG, beteiligte sich zudem an der Rüstungsfirma FMW in Wels, die Flugzeuge für die Wehrmacht reparierte und kurz vor Kriegsende noch ein Düsenflugzeug mitproduzierte, das als ‚Wunderwaffe‘ in Stollen bei Gusen fabriziert wurde, an deren Errichtung wiederum die Porr AG mitverdiente“.

„Etwa 40 000 KZ-Häftlinge“ kamen dabei laut *FAZ* vom 17. August 2014 ums Leben. *Profil.at* berichtete am 27. Mai 2004: „Die Porr AG baute in Auschwitz für die IG Farben, das Konzentrationslager stellte die Arbeiter. Ab 1944 war die Porr AG im Konzentrationslager Gusen II tätig, mit KZ-Häftlingen wurden Stollen für die unterirdische Rüstungsproduktion errichtet“.

Die *Welt* berichtete am 4. Februar 1999 über einen Teil der sogenannten Arisierungen und schrieb beispielsweise zu der Porr AG: „Erst Anfang der 90er-Jahre sei das Aktienpaket der Welfen für über 100 Millionen DM verkauft worden.“

Die österreichische Historikerkommission schrieb in ihrem Schlussbericht zum Vermögensentzug während der NS-Zeit: „Die meisten Unternehmer, die nach 1938 vertrieben wurden, kehrten nicht wieder zurück. Ein guter Teil der ‚Ariseure‘ konnte dagegen seine Stellung behaupten.“ (Seite 325).

1. In welcher Form sind Zwangsverkäufe, Raub, Enteignungen, sogenannte Fluchtsteuern, Zwangsvermögensabgaben, Sperrkonten u. ä. im Rahmen der sogenannten Arisierung von 1933 bis 1945 durch Mitglieder ehemals regierender adeliger Häuser in Niedersachsen wissenschaftlich aufgearbeitet worden?
2. In welchen Fällen haben die ursprünglichen Eigentümer der o. g. Firmen oder deren Erben ihren Besitz nach dem Ende der NS-Diktatur aufgrund alliierter Militärgesetzgebung oder aufgrund von Rückstellungsgesetzen zurückbekommen oder eine Entschädigung in der Höhe des Verkehrswertes erhalten?
3. Welche der o. g. Firmen, Banken, Grundstücke, Bergrechte, Lizenzen und sonstigen Rechte befinden sich heute noch im Besitz von Erben der Welfen- oder der Hohenzollern-Familie?
4. Welche der o. g. Firmen, Banken, Grundstücke, Bergrechte, Lizenzen und sonstigen Rechte sind von den „Ariseuren“ wieder veräußert worden oder mit anderen Firmen verschmolzen worden?
5. Welche Erlöse wurden von den „Ariseuren“ bei der Veräußerung von Firmen, Banken, Grundstücken, Bergrechten, Lizenzen oder sonstigen Rechten oder Teilen davon jeweils erzielt?
6. Welche der o. g. Firmen, Banken, Grundstücke, Bergrechte, Lizenzen und sonstigen Rechte wurden der Organisation Todt zur Verfügung gestellt, wurden von dieser genutzt oder haben Aufträge der Organisation Todt ausgeführt?
7. Welche Baumaßnahmen hat die Porr AG für die Organisation Todt oder in Kooperation mit der Organisation Todt ausgeführt?
8. Welche Archive in Niedersachsen, Deutschland, Österreich oder bei Behörden der Alliierten verfügen über Material zu den o. g. Firmen, Banken, Grundstücken, Bergrechten, Lizenzen und sonstigen damit verbundenen Rechten?
9. Welche dieser Archivalien sind nicht öffentlich zugänglich?
10. Haben der Bund oder das Land Berlin oder das Land Brandenburg im Zusammenhang mit Rückforderungen von Erben des Hauses Hohenzollern Akten oder sonstige Informationen beim Land Niedersachsen oder bei Archiven des Landes oder bei der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten angefordert?

(Verteilt am 30.01.2020)